



**Die Gewerkschaft.
Le Syndicat.
Il Sindacato.**

a.o. Delegiertenversammlung des Sektors Industrie vom 13. Oktober 2017

Resolution: Wir fordern eine moderne Industriepolitik zur Gestaltung der Digitalisierung und für eine Re-Industrialisierung der Schweiz!

Die Schweiz hat sehr gute Infrastrukturen und die Möglichkeiten, die Gefahren der Digitalisierung einzudämmen und ihre grossen Chancen – gerade für die Industrie – zu nutzen. Dies bedingt jedoch ein Primat der Politik und eine moderne Industriepolitik.

Wir stehen am Beginn einer digitalen Revolution, die den Arbeitsmarkt, den Konsum, den Transport – unser Leben überhaupt – radikal verändern wird. Global vernetzte, interaktive Wertschöpfungsketten stellen tradierte Vorstellungen von Unternehmen, Arbeitenden und Lebensentwürfen auf den Kopf. Es bedarf eines neuen gesellschaftlichen Verständnisses von Arbeit, Unternehmen und Arbeitenden. Und – dies ist zwingend – von Bildung und Weiterbildung. Qualifizierung in jeglicher Hinsicht muss und wird sich verändern. Nur dann wird es uns gelingen, die Zukunftschancen für Wirtschaft und Arbeitswelt zu nutzen.

Fortschritt ist aber nur Fortschritt, wenn er den Menschen und der Gesellschaft dient. Deshalb erheben die Arbeitenden in der Industrie den Anspruch, bei der Digitalisierung mitzureden und mitzugestalten.

Mit einer modernen Industriepolitik ist eine soziale Re-Industrialisierung möglich

Es ist wichtig, dass die digitale Revolution gelingt. Währendem nämlich einige Prognosen von einem grossen Arbeitsplatzverlust ausgehen, sprechen andere Vorhersagen von einer Stabilisierung oder sogar einem „Revival“ von Industriebeschäftigung. Diese basieren vor allem auf dem steigenden Bedarf an hochqualifizierten Arbeitenden unter anderem im Maschinenbau, in der Automobilzulieferindustrie sowie in der Elektro- und Mikrotechnik.

Für die Industriearbeitenden ist klar: Die Schweiz hat sehr gute Infrastrukturen und alle Chancen, ein wichtiger Player zu sein und eine Re-Industrialisierung herbeizuführen. Dies bedingt allerdings, dass die Transformation nicht allein den Unternehmen und ihren AktionärInnen überlassen werden darf.

Die Politik muss diese industrielle Revolution mitgestalten. Dafür braucht es dringend eine starke Industriepolitik. Das meint nicht Schutzzölle oder Subventionen, sondern klare und faire Regeln. Zu den Regeln gehören die Gesamtarbeitsverträge und die Gesetze, welche die Arbeit schützen. Dies umso mehr, als dass die Digitalisierung Machtverschiebungen und neue Machtballungen mit sich bringt. Sie wird nämlich nicht durch die Anwendung von technischen Möglichkeiten bestimmt, sondern durch die Möglichkeiten, die sie bietet, die Arbeitskosten zu senken. Das ist ihr Treiber und unsere Herausforderung.

Steigende Anforderungen an die Bildung und Qualifizierung

Die Verbreitung neuer Technologien dürfte auch die Anforderungen an die Qualifikation der Beschäftigten verändern. Sowohl die IT-Kompetenz als auch die Fähigkeit, eigenverantwortlich und in vernetzten Prozessen zu denken, wird gemäss verschiedenen Untersuchungen an Bedeutung gewinnen – nicht nur für wenige Spezialisten, sondern in allen Bereichen der Produktion. So geht ein Grossteil der Unternehmen davon aus, dass die Produktionsarbeitenden für die Anforderungen der Zukunft weiterqualifiziert werden müssen. Besonders profitieren könnten demnach die Facharbeitenden, die die Kontrolle über Produktionsabläufe erhalten, unterstützt durch intelligente Systeme. Damit verbunden wäre eine Aufwertung von Industriearbeit insgesamt.

Die Industrie-Arbeitenden setzen Prämissen

Damit die Transformation im Zuge der Digitalisierung gelingen und zu einer Re-Industrialisierung der Schweiz führen kann, setzen die Industrie-Arbeitenden als Prämisse das Primat der Politik vor der Wirtschaft. Es sind die Gesellschaft und die Politik, die festlegen müssen, welche wirtschaftlichen Ziele erreicht werden sollen. Also auch, welche Technologien wir anwenden wollen und welche nicht. Und unter welchen Bedingungen sie angewendet werden sollen.

Als zusätzliche Prämisse gilt deshalb für die Arbeitenden in der Industrie, dass Wirtschaft und technischer Fortschritt gestaltbar sind, dass damit auch die Digitalisierung gestaltbar ist. Dazu braucht es aber den gemeinsamen Willen der politischen AkteurlInnen, der Sozialpartner und des Staates. Die Sozialpartnerschaft verstehen wir dabei als wichtigen Pfeiler der institutionellen Politik, namentlich auch der gelebten Konkordanz. Durch die GAV-Politik können gesellschaftliche Entwicklungen angestossen, die Emanzipation und Mitentscheidung der Beschäftigten sowie die Demokratisierung der Wirtschaft vorangetrieben werden.

Forderungen der Industrie-Arbeitenden:

- Der Bundesrat soll im Rahmen einer umfassenden, modernen Industriepolitik eine Agenda zum Thema Industrie 4.0 vorlegen. Diese soll zeigen, welche konkreten Instrumente er ergreift, um die Chancen und Risiken der angelaufenen neuen industriellen Revolution zu meistern. Insbesondere soll die Agenda zeigen: wie nicht nur die Industriearbeitsplätze in der Schweiz gesichert, sondern eine Re-Industrialisierung angestossen werden kann; welche bildungspolitischen Instrumente geschaffen werden müssen; wie der Zugang zu innovativem Wissen für alle garantiert werden kann; welche Instrumente geschaffen werden müssen, um den KMU den tatsächlichen Anschluss an die Innovationen zu erlauben; mit welchen Instrumenten innovativen Firmen und Start-ups der Zugang zu billigem Kapital garantiert werden kann; welche Anreize der Bundesrat zu geben gedenkt, um die Investitionsrate der Unternehmen und der öffentlichen Hand zu erhöhen; welches Instrument geschaffen werden kann, um die sozialen und wirtschaftlichen Chancen und Risiken öffentlich abzuwägen und zu diskutieren.
- Der Bund soll die Schaffung eines Produktionsfonds in die Wege leiten. Dieser kann zum Beispiel aus freiwillig investierten Pensionskassengeldern finanziert werden und soll primär Innovationen in bestehenden Unternehmen und sekundär in Start-ups in den Bereichen Industrie 4.0 und ökologischer Umbau finanzieren. Damit erleichtert er den ökosozialen Umbau, die Wende zur Digitalisierung und die Schaffung von zahlreichen Arbeitsplätzen.
- Die Schweizerische Nationalbank und die Politik müssen dafür sorgen, dass sich der nach wie vor überbewertete Franken weiter abschwächt. So kann eine weitere Erholung der exportierenden Industrie in der Schweiz und ihrer Margen (insbesondere KMU), den Weg für sinnvolle Investitionen in die Digitalisierung ebnen. Dies ist zudem ein Beitrag um zu verhindern, dass die Unternehmen ihre Investitionen in die Digitalisierung durch die Belegschaften über Mehrarbeit, Arbeitszeitverlängerungen, Heimarbeit, Lohnzurückhaltung, Entlassungen etc. vorfinanzieren lassen.
- Privates und Berufliches verschmelzen zusehends. Während in bisherigen Vereinbarkeitsmodellen die Trennung von Arbeitszeit und Freizeit unangetastet bleibt, geht es in der digitalisierten Arbeitswelt von morgen um deren Vereinigung. Wenn aber die Grenzen zwischen Arbeit und Freizeit immer mehr aufgehoben werden, so belastet das insbesondere die Gesundheit der Arbeitenden. Deshalb müssen nicht nur sämtliche politischen Angriffe auf die arbeitsrechtliche Basis in der Schweiz, wie der laufende Angriff auf das Arbeitsgesetz, und auf weitere für die Arbeitenden fundamentale Rechtsgrundlagen abgewehrt werden, sondern es müssen die entsprechenden Rechte der Arbeitenden erweitert, ergänzt und aktualisiert werden.
- Die Sozialpartner in der Industrie sind dazu aufgerufen Lösungen zu den Fragestellungen rund um die Digitalisierung in den Gesamtarbeitsverträgen zu verankern – zu Themen wie Arbeitszeit und Gesundheit, Aus- und Weiterbildung, Mitwirkungsrechte für die Personalkommissionen, Datenschutz, Schutz der älteren Arbeitenden, Crowdfunding etc.